

91054 Erlangen

Reaktion der EU-Kommission auf den Vorschlag einer Devisenumsatzsteuer (sog. Tobin-Tax)

Sehr geehrte

wie Sie vielleicht mitbekommen haben, hat sich die EU-Kommission kürzlich deutlich ablehnend zur Einführung einer Devisenumsatzsteuer geäußert.

In Ihrer Eigenschaft als unser demokratisch gewählter Abgeordneter möchten wir Sie als Bürgerinnen und Bürger nach Ihrer Einstellung zu der Idee einer Devisenumsatzsteuer fragen und möchten Sie dringend auffordern, Ihren Einfluß für die Einführung einer solchen Steuer geltend zu machen.

Eine solche auch unter der Bezeichnung *Tobin-Tax* bekannte Steuer soll in erster Linie zwei Zielen dienen: Die Umsätze auf den internationalen Finanzmärkten sollen verlangsamt und ihre atemberaubende Menge soll verringert werden. Dadurch werden die Instabilität und die Schwankungsintensität der Finanzmärkte reduziert. Die geringfügige Steuer, z.B. nur 0,1% des Umsatzes, würde bei jedem Devisenumtausch erhoben. Bei einer langfristigen Investition oder einem Handelsgeschäft ist die niedrige Gebühr kaum von Bedeutung, gerade diejenigen spekulativen Transaktionen aber, welche geringfügige Preisschwankungen auszunutzen versuchen, könnten durch solch eine Steuer so stark verteuert werden, daß sie im Zweifel unterbleiben.

Die Vorteile, die sich für uns alle aus der Einführung einer Devisenumsatzsteuer ergeben, liegen auf der Hand:

- Durch die Stärkung der langfristigen Investitionen und dadurch daß kurzfristige spekulative Geschäfte, wie sie bekanntermaßen zu den Finanzkrisen der 90er Jahre geführt haben, unattraktiver werden, ergibt sich eine Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte, die der gesamten Welt zugute kommt. Das Risiko von Krisen, wie die Asien- oder die Mexikokrise, welche Millionen von Menschen ihrer Existenzgrundlage beraubten, wird deutlich verringert.
- Nach Hochrechnungen anerkannter internationaler Organisationen wird eine Devisenumsatzsteuer Einnahmen von über 100 Mrd. US-Dollar weltweit erbringen, was weit mehr als doppelt so viel ist, wie die gesamte Entwicklungshilfe der Industrieländer.
- Es ist auch im Sinne einer besseren Steuergerechtigkeit, wenn das überschüssige Spekulationsgeld der Reichen zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte beitragen wird. Hierzu muß angemerkt werden, daß die logische Konsequenz aus der Einführung einer Tobin-Steuer weitere Maßnahmen sind, insbesondere die Schließung der Steueroasen, die bekanntlich jegliche Steuergerechtigkeit konterkarieren.

Die Argumente, welche seitens der EU-Kommission gegen die Einführung einer Devisenumsatzsteuer vorgebracht worden sind, lassen sich leicht entkräften:

- Ein implizites "Verbot" einer solchen Steuer in den EU-Verträgen läßt sich laut fachkundigen Experten nicht ableiten, denn wie alles Handeln mit Gütern und Dienstleistungen unterliegt auch die Ware Geld den geltenden Steuergesetzen. Schon die überall in der EU bestehenden Börsengebühren und -abgaben sind nichts anderes als Steuern.
- Auch der Hinweis, die Einführung des Euro mache die Tobin-Steuer überflüssig, weil in der Eurozone dann keine Währungsspekulation mehr möglich wären, führt in die Irre, denn der Euro verhindert ja nicht die spekulativen Kapitalbewegungen zwischen den dominanten Währungsgebieten von Dollar, Euro, Pfund und Yen, und gerade diese sollen durch die Devisenumsatzsteuer gebremst werden.
- Der kurzfristigen Angst der EU-Kommission vor einer "Auseinandersetzung mit der Welthandelsorganisation (WTO)", muß mit sachlichen Argumenten entgegengetreten werden. Denn dem

Handel mit realen Gütern, für dessen Förderung die WTO steht, nützen die kurzfristigen Transaktionen, welche mittels der Devisenumsatzsteuer eingedämmt werden sollen, überhaupt nichts - im Gegenteil. Jenes Geld, das in den schnellen spekulativen Geschäften umgesetzt wird, steht eben zur Finanzierung des Handels mit realen Gütern nicht zur Verfügung. Von daher ist eine Devisenumsatzsteuer durchaus im Sinne der Interessen der WTO.

Erschreckenderweise scheint sich sogar die sozialdemokratische EU-Parlamentsfraktion z.Zt. von der Tobin-Steuer abzuwenden, und das einerseits mit dem Argument, die Steuer sei "nicht praktikabel". Dabei läßt sich leicht belegen, daß es für die Umsetzung des Steuereinzugs lediglich einer Anpassung der Computersysteme bedarf, mit denen der Devisenhandel sowieso schon weltweit durchgeführt wird. Andererseits wird als Begründung angeführt, es ginge bei nur vier Prozent des Spekulationsumsatzes um Währungen außerhalb des Dollar, Euro- und Yen-Spektrums. Nun sind es aber doch genau diese vier Prozent, die in den letzten 25 Jahren die gut 120 Finanzkrisen mit mehr als 25-prozentiger Abwertung mitverursachten, bei denen die ärmere Mehrheit in den peripheren Ländern die Spekulationszeche zu bezahlen hatte!

Bitte nehmen Sie Kontakt mit den zuständigen Personen in der sozialdemokratischen EU-Parlamentsfraktion auf und tragen Sie dazu bei, daß die europäische Sozialdemokratie weiterhin die Devisenumsatzsteuer als Weg zu mehr internationaler Finanzstabilität und Steuergerechtigkeit unterstützt!

Damit Sie wissen, mit wem Sie es bei uns zu tun haben, möchten wir uns kurz vorstellen: Wir sind eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die sich zusammengetan hat, um etwas zu tun gegen die Auswirkungen des "Sachzwangs Globalisierung". Letzterer wird immer wieder als Argument zur Durchsetzung von Rückschritten beim Umweltschutz und vor allem bei dem "Umbau" genannten Rückbau des Sozialstaates herangezogen. Wir, und mit uns hunderttausende von Mitgliedern verschiedener Verbände, NGOs, anderer lokaler Gruppen und weitere Einzelpersonen, sind der Überzeugung, daß man der Globalisierung nicht ohnmächtig gegenüberstehen muß, weil es Wege gibt, sie in eine andere Richtung zu lenken. Die Einführung der Devisenumsatzsteuer ist einer davon und damit eine zentrale Forderung vom ATTAC-Netzwerk. Im internationalen ATTAC-Netzwerk sind wir mit den o.g. Mitstreiterinnen und Mitstreitern verbunden. In anderen Ländern ist die ATTAC-Bewegung in der Öffentlichkeit schon sehr bekannt und einflußreich - so laufen u.a. in Frankreich, Belgien, Kanada und den USA bereits parlamentarische Prozesse, die sich mit den Möglichkeiten zur Einführung der Devisenumsatzsteuer beschäftigen. Wir wollen erreichen, daß sich auch in Deutschland ein öffentliches Bewußtsein über die Risiken der internationalen Finanzmärkte und entsprechende Alternativen bildet. Weitere Informationen können Sie u.a. im Internet unter www.attac-netzwerk.de oder auch www.weedbonn.org finden.

Wir sind äußerst darüber beunruhigt, daß die EU-Kommission das Ansinnen der Devisenumsatzsteuer von vornherein ablehnt, ohne sich offenbar sorgfältig mit der Thematik auseinandergesetzt zu haben. Deshalb möchten wir unsere Bitte noch einmal wiederholen, daß Sie sich als unser Abgeordneter im Sinne der Devisenumsatzsteuer für eine sachlich fundierte Diskussion im Landtag, Bundestag sowie in der EU-Kommission und im EU-Parlament einsetzen.

Wenn Sie Fragen zu uns und unserem Anliegen haben, freuen wir uns sehr, wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen. Sehr gerne würden wir uns mit Ihnen zu einem persönlichen Gespräch treffen.

In freudiger Erwartung darauf, bald von Ihnen zu hören, verbleiben wir mit freundlichen Grüßen,

Josef Böck, Diplom-Ingenieur

Julie Mildenerberger, Diplom-Sozialpädagogin

Martin Buchholtz, Diplom-Ingenieur

Wolfgang Niclas, DGB Kreisausschußvorsitzender
Erlangen

Dr. Hildegard Jurisch, Ärztin

Bruno Raber, Diplom-Ingenieur

Therese Kraus, Studentin

Dr. Roland Winker, Physiker

Fritz Messerer, Krankenpfleger